Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8053**
14. Wahlperiode 23. 01. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/7151 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Erdöl, Erdölerzeugnissen oder Erdgas

A. Problem

Sicherung der deutschen Energieversorgung in Krisenfällen.

Anwendbarkeit des Energiesicherungsgesetzes auch bei Störungen, deren Ursachen im Inland liegen.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP.

Mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7151 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber Vorsitzender	**Volker Jung (Düsseldorf)** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf)

I.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7151 – wurde in der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II.

Über die Gesetzesänderung soll die Anwendbarkeit des Energiesicherungsgesetzes erweitert werden. Die Terroranschläge von New York und Washington haben gezeigt, dass Störungen der Energieversorgung nicht ausgeschlossen werden können, deren Ursachen im Inland liegen. Um auch für diesen Fall die Anwendbarkeit des Energiesicherungsgesetzes zu ermöglichen, soll die Einschränkung auf Importstörungen aufgehoben werden.

III.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 79. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 73. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 72. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Gesetzentwurf in seiner 70. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/7151 – zu empfehlen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Volker Jung (Düsseldorf)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333